

Er scheint
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Abonnementpreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 M. 25 P. incl. Postgebühr,
frei in's Haus 1 M. 50 P.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Zeltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Potsdamer Straße 26a,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Potsdamerstr. 26a.

Fernsprech Anschluß: Amt VIII. Nr. 671.

Nr. 14.

Berlin Dienstag, den 2. Februar 1892.

36. Jahrg.

Abonnements für Februar und März auf das Zeltower Kreisblatt

zum Preise von 1 Mark, frei ins Haus,
werden von den Kaiserl. Post-Anstalten,
den Landbriefträgern und unseren Expedi-
toren entgegengenommen.

Die Expedition.

Amthliches.

Berlin, 29. Januar 1892.
Bei einem Herde des Wüdners Scherling zu
Johannisthal ist die Roggkrankheit festgestellt
worden.

Der Landrath.

J. V. Sahlweg, Regierungs-Assessor.

Berlin, den 30. Januar 1892.
Unter dem Rindviehbestande der Gutsbesitzer-
Wittwe Grunad zu Tempelhof, Dorfstraße 17,
und des Gutsbesizers Grunad zu Tempelhof,
Dorfstraße 20, ist die Maul- und Klauen-
seuche ausgebrochen.

Der Landrath

J. V. Sahlweg, Regierungs-Assessor.

Berlin, den 30. Januar 1892.
Unter dem Rindviehbestande des Deconomen
Lieutenant's Brecht in der Haupt-Kadetten-Anstalt
zu Groß-Lichterfelde ist die Maul- und
Klauenseuche ausgebrochen.

Der Landrath

J. V. Sahlweg, Regierungs-Assessor.

Berlin, den 29. Januar 1892.
Ein im Gemäßheit des zweiten Nachtrages
zu dem revidierten Statut der Sparkasse des
Kreises Zeltow vom 4./12. Juli 1882 angefertigter
Auszug aus den Kassenbüchern, welcher das Gut-
haben der sämtlichen Sparer dieser Kasse am
31. Dezember des verflohenen Jahres nachweist,
liegt im Kassenlokal Berlin W., Viktorienstraße 18,
während der Kassenstunden zur Einsicht der
Sparer aus.

Zu gleich wird darauf hingewiesen, daß es
jedem Sparer gestattet ist, sich jederzeit von der
Uebereinstimmung seines Sparkastens mit dem
entsprechenden Conto des Kassenbuches durch Ein-
sicht desselben persönlich zu überzeugen.
Namens des Kreis-Ausschusses des Kreises Zeltow.

Der Landrath.

J. V. Sahlweg, Regierungs-Assessor.

Berlin, 27. Januar 1892.
Die Herren Steuer-Erheber und Versicherungs-
Commissare des Kreises ersuchen wir, den Auszug
aus dem Versicherungs- und Kassen-Buch für
den Monat Januar d. Js. der Zeltower Kreis-
Communal-Kasse hierelbst Viktorienstr. 18 pünkt-
lich bis zum 2. Februar d. Js. einzufenden.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
J. V. Sahlweg, Regierungs-Assessor.

Nichtamtliches.

Zollangelegenheiten.

Mit dem 1. Februar traten die nunmehr
allseitig genehmigten Handelsverträge mit
Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz und
Belgien in Kraft. Für die Ausführung der
Verträge, wie für die weitere Ausdehnung der
in den Verträgen verkörperten Handelspolitik,
hat die deutsche Regierung noch einige beson-
dere Maßnahmen getroffen, welche für das
Uebergangsstadium als erforderlich angesehen
werden müssen.

In der Erwartung, daß mit dem 1. Fe-
bruar die ermäßigten Getreidezölle in Kraft
treten werden, sind in den verschiedenartigen
deutschen Zolllagern und in den deutschen Zoll-
ausstellungen bedeutende Vorräthe von Getreide
angesammelt worden. Nach Lage der Dinge
könnte auf diese Bestände der neue Vertrags-
Zolltarif nur insoweit Anwendung finden, als
sie erweislich aus Vereinststaaten oder aus
Ländern stammen, deren Probenzungen in
Deutschland auf dem Fuß der Meistbegünstigung
behandelt werden. Aber dieser Nachweis würde
in den meisten Fällen zu führen sehr schwer,
wenn nicht unmöglich sein, mindestens aber mit
zeitraubenden Weitläufigkeiten verbunden sein,

zumal in vielen Fällen das Getreide verschie-
dener Herkunft mit einander gemischt sein wird.
Die hierdurch mögliche Verzögerung der Ein-
fuhr dieser Getreidebestände in den freien Ver-
kehr würde aber wegen des immer noch hohen
Preisstandes des Getreides und wegen des
Mangels an Startoffeln unerwünscht sein, aus
diesem Grunde hatte die Regierung in Antrag
gebracht, die baldige Ueberführung jener Ge-
treidebestände in den freien Verkehr dadurch zu
erleichtern, daß in der Zeit vom 1. Februar
bis 30. April die Verzollung jener Bestände
nach dem ermäßigten Tarif nicht an den Nach-
weis des Ursprungs aus den Vereinststaaten
oder meistbegünstigten Ländern gebunden sein
soll. Dieser Vorschlag hat im Reichstage volle
Zustimmung gefunden; er ist aber dort noch
erweitert worden. Was ursprünglich für die
Getreidebestände geltend gemacht worden ist,
wurde auch für Holz und Wein als wünschens-
werth bezeichnet und als zulässig erachtet. Da-
gegen wurde die weitere Absicht, nicht nur in
den Zolllagern und Zollausstellungen vorhan-
denen Beständen, sondern allem aus dem Aus-
gehenden Getreide, Holz und Wein, also
auch den aus nicht meistbegünstigten Ländern
eingehenden Zufuhren bis zum 30. April die
Zollermäßigung zu gewähren, aufgegeben. Eine
solche Absicht wäre, wie auf der Hand liegt,
durch die Rücksicht auf den Nutzen, den die
deutschen Konsumenten von der allgemein er-
mäßigten Zufuhr gehabt haben könnten, keines-
wegs begründet gewesen, wohl aber hätten ber-
artige Verallgemeinerungen der Zollermäßigung
für die Dauer eines Vierteljahres die Stellung
Deutschlands solchen Staaten gegenüber, mit
denen demnächst noch weitere handelspolitische
Vereinbarungen beabsichtigt werden z. B. Ru-
manien, schwächen müssen. Der Reichskanzler
hatte sich entschieden gegen die Ausdehnung der
Vergünstigung auf die sog. schwimmenden Lager,
d. h. die Mengen, die nach Deutschland erst
noch unterwegs sind, erklärt, und allenfalls die
Einbeziehung von Holz und Wein auf inlän-
dischen Lagern als die äußerste Grenze dessen
bezeichnet, was die verbündeten Regierungen
vielleicht annehmen würden. Doch werden —
da die Zustimmung des Bundesraths noch nicht
fest steht — die Interessenten gut thun, die
erforderlichen Deklarationen schleunigst bei der
zuständigen Behörde einzureichen.

Auf der anderen Seite soll aber die Mög-
lichkeit einer weiteren Erstreckung der Vertrags-
zölle als ein Mittel zur Erlangung von Zu-
geständnissen bei den jetzt noch zu gewärtigenden
Verhandlungen mit anderen Staaten benutzt
werden. Aus diesem Grunde ist dem Reichs-
tag ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher den
Bundesrath ermächtigt, Zollermäßigungen — nicht
nur auf Getreide, Holz und Wein, sondern
überhaupt auf alle in den Verträgen mit
Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der
Schweiz angeführten Waaren — auch solchen
Staaten, welche einen vertragsmäßigen An-
spruch hierauf nicht haben, gegen Einräumung
angemessener Vortheile ganz oder theilweise bis
längstens zum 1. Dezember 1892 zuzugestehen.
Durch diese Ermächtigung wird die Regierung
in den Stand gesetzt werden, den Eintritt eines
vertragslosen Zustandes mit dritten, nicht meist-
begünstigten Staaten zu vermeiden und für die
Wiederherstellung oder Neuannahme eines
Handels- und Zollverkehrs mit ihnen auf
Grund von Verträgen Zeit zu gewinnen und
Raum zu schaffen. Diese Ermächtigung liegt
so sehr in dem Geiste der Handelspolitik,
welche die Billigung des Reichstags gefunden
hat, daß ihre Genehmigung wohl keinem Zweifel
unterliegt.

Rundschau.

Deutsches Reich.

— Beide kaiserlichen Majestäten
wohnten am Sonntag der in Potsdamer Stadt-
schloße stattgefundenen Taufe des jüngst
geborenen Sohnes des Prinzen Friedrich
Leopold bei. Der Prinz erhielt Namen

Joachim, Sigismund, Victor, Friedrich,
Leopold.

— Die Besserung im Befinden der Kai-
serin Friedrich schreitet stetig fort, doch ist
die hohe Frau noch immer genöthigt, das
Zimmer zu hüten.

— Am Sonntag Abend war bei dem
Kaiser eine Herrengesellschaft, an welcher
Finanzminister Dr. Miquel, Kultusminister
Graf Zedlitz, Geheimrath Legationsrath Dr.
Lindau, der erste Vize-Präsident des Herren-
hauses Frhr. v. Mantuffel und Reichstags-
abgeordneter v. Hellendorf-Wehra u. A. theil-
nahmen.

— Eine Sitzung des preussischen Staats-
ministeriums hat am Sonnabend Nachmittag
stattgefunden. Es hat sich um das neue Volk-
schulgesetz gehandelt.

— Der Kriegeminister General v. Kalten-
born-Stachau ist an einer Erkältung erkrankt.
Während des Gottesdienstes in der Schloßkapelle
fiel der Kriegeminister zu Boden. Der Anfall
gibt zum Glück für ernstere Bedenken keinen
Anlaß.

— Die neuen Handelsverträge, welche
das Deutsche Reich mit Oesterreich-Ungarn, Italien,
Belgien der Schweiz abgeschlossen hat, treten
zum ersten Februar, in Kraft, nachdem die von
den Staatsoberhäuptern unterzeichneten Vertrags-
urkunden ausgetauscht worden sind.

— Der Bundesrath des Deutschen
Reiches hat am Sonnabend in Berlin das Tran-
sitzgesetz nach den Beschlüssen des Reichstages,
Anwendung der vertragsmäßigen Zölle auf Ge-
treide, Holz, Wein angenommen. Das Gesetz ist
ebenfalls mit dem ersten Februar in Kraft ge-
treten.

Oesterreich-Ungarn.

— Wie aus Wien gemeldet wird, ließ
Kaiser Wilhelm am Sonnabend, am Sterbe-
tag des Kronprinzen Rudolph, durch ein Mit-
glied der deutschen Botschaft am Sarge einen
Kranz niederlegen, mit der Aufschrift: Dem
treuen Freunde Kaiser Wilhelm.

— Die Neuwahlen zum ungarischen
Reichstage haben für die Regierung eine
absolute Parlamentsmehrheit von etwa 75
Sitzen ergeben. In Bauffoy-Gunyah, wo sich
Liberale und Radikale gegenüberstanden,
erregte sich ein ungewöhnlich blutiger Wahl-
erzess. Die Radikalen führten, als der Wahl-
präsident die Schlusssunde feststellte, das Wahl-
lokal und schlugen dem Präsidenten den Kopf
ein und mißhandelten den Ortsgeistlichen, wo-
rauf die Gendarmerie erschien und Feuer gab.
Acht Menschen blieben todt, über zwanzig
verwundet. Auch aus Tiszalvek und Gitszereda
werden blutige Ausschreitungen gemeldet. Im
ersten Orte sind dabei eine Person getödtet
und Viele verwundet, im letzteren zwei getödtet
und acht verwundet.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

Berlin 29. Januar 1892.

— Der Reichstag genehmigte in seiner
heutigen Sitzung den Gesetzentwurf betr. die
Anwendung der vertragsmäßigen Zölle auf
Getreide, Holz und Wein in der Gesamt-
abstimmung mit 124 gegen 107 Stimmen,
sobald in dritter Lesung den Gesetzentwurf
betr. die Anwendung der für die Einfuhr nach
Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zoll-
erleichterungen und Zollermäßigungen gegenüber
den nicht meistbegünstigten Staaten. Endlich
wurde der Gesetzentwurf betr. die Einziehung
der österreichischen Vereinsthaler einer Kom-
mission überwiesen. Nach Erledigung mehrerer
Lokalpetitionen vertagte sich der Reichstag auf
Sonnabend 2 Uhr.

Berlin, 30. Januar 1892.

— Genehmigt wurde zunächst in zweiter
Berathung der zweite Nachtragsetat für 1891/92.
8 764 923 Mark für Naturalverpflegung im
Militäretat wurden debattelos bewilligt. Die
Neuforderung ist durch die allgemeine Preis-
steigerung der landwirtschaftlichen Produkte
begründet. Zur Befestigung von Helgoland
werden als erste Rate 1 395 000 Mark ge-

fordert. Die Summe wird nach kurzer Er-
örterung gegen die Stimmen der Sozial-
demokraten bewilligt. Es folgt zweite Be-
rathung der allgemeinen Rechnung über den
Reichshanshalt für 1884/85. Es handelt sich
hierbei um eine seit Jahren schwebende Streit-
frage darüber, ob militärische Gnadenklasse
des Kaisers vom preussischen Kriegeminister
oder vom Reichskanzler gegengezeichnet sein
müssen. Die Reichsregierung sagt, daß die
Gegenzeichnung des Kriegeministers genügt,
während der Reichstag bisher die Gegen-
zeichnung des Reichskanzlers forderie. Um die
Sache endlich zum Abschluß zu bringen, hat
jetzt die Rechnungs-Kommission die Genehmigung
der Rechnung beantragt. Dieser Antrag wurde
vom Centrum und den Konservativen befür-
wortet, von den Nationalliberalen und den
Freisinnigen bekämpft. Bei der Abstimmung
stellte sich die Beschlußfähigkeit des Hauses
heraus, nur 108 Mitglieder waren anwesend,
worauf die Sitzung abgebrochen wurde. Nächste
Sitzung: Mittwoch. (Handelspolitisches Ab-
kommen mit Spanien, Anträge.)

Preussischer Landtag.

Berlin, 29. Januar 1892.

— [Abgeordnetenhaus.] Bei der ersten
Berathung des neuen Volksschulgesetzes kam es
zu recht scharfen Auseinandersetzungen. Abg.
Birchow (freil.) bekämpfte die strengkonfessionelle
Grundlage der Volksschule und versprach sich
nicht viel von der Religion für die Bekämpfung
der Sozialdemokratie. Die Lehrer fürchteten
mit Recht, daß sie den Gefährlichen ausgeliefert
werden sollten, und erklärten darum auch in
diesem Gesetz einen der schlimmsten Anschläge
gegen ihre Selbstständigkeit. Daß die Kirche
ein Recht auf die Schule habe, sei falsch.
Ministerpräsident Graf Caprivi erklärte, die
Regierung werde an ihrer Vorlage festhalten,
wenn liberalerseits auch versucht werde, eine
Bewegung dagegen hervorzurufen. Die national-
liberale Partei hat unverkennbar eine Schwächung
nach links vorgenommen. Konzessionen an das
Centrum wollen wir mit dieser Vorlage nicht
machen, die preussische Regierung würde auch
einem Antrage auf Rückberufung der Jesuiten,
wenn derselbe im Bundesrath zur Sprache
kommen sollte, nicht zustimmen. Bei dieser
Vorlage handelt es sich nicht um die Unter-
scheidung von Evangelisch und Katholisch, sondern
um die Bekämpfung des Atheismus, mit dem
wir zugleich die Sozialdemokratie treffen.
Es hat schwerer Zeiten bedurft, bevor die
Deutschen sich vertragen; wir werden uns be-
züglich der Schule vertragen, wenn die Ge-
fahren, vor denen wir stehen, deutlicher werden.
(Beifall, Zischen und große Unruhe.) Abg.
Nintelen (Str.) stimmt dem Ministerpräsidenten
zu. Abg. Frhr. von Zedlitz (freikons.) erklärt
die Vorlage, wie sie gegenwärtig ist, für un-
annehmbar, wünscht aber eine Verständigung.
Kultusminister Graf Zedlitz schließt sich dem an.
Abg. Borch (Str.) tritt in scharfer Weise dem
Abg. Birchow entgegen. Abg. Dr. Friedberg
(natlib.) bedauert lebhaft die Ausführungen des
Ministerpräsidenten. Seine Worte seien ver-
giftete Pfeile, die auf den Schützen selbst zurück-
fliegen würden. Nach einer kurzen, sachlichen
Erwiderung des Kultusministers wird die
Weiterberathung auf Sonnabend vertagt.

Berlin, 30. Januar 1892.

— [Abgeordnete nhaus.] In seiner heutigen
Sitzung ehrte das Haus zunächst das Andenken
des Abg. Dr. Nittboß (natlib.) in üblicher Weise
und beendete hierauf die erste Lesung des neuen
Volksschulgesetzes, welcher einer Kommission von
28 Mitgliedern zur Spezialprüfung überwiesen
wird. Abg. Stöcker (kons.) trat entschieden für die
Vorlage ein, welche eine religiöse Erziehung der
Jugend sichern werde und bedauerte, daß eine Ver-
ständigung mit den Nationalliberalen unmöglich
sei. Abg. Knörde (freil.) fürchtete, daß diese Vor-
lage der Volksschule den größten Schaden bringen
werde, ohne doch im Geringsten etwas zu nützen.
Ministerpräsident Graf Caprivi erklärte, daß er
allerdings eine Verständigung auch mit den National-